

Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung
(16. - öffentliche - Sitzung am 31. August 2018)

Beratungsthemen:

1. Unterrichtung durch die Landesregierung zum Thema „Brücken in Niedersachsen unsicher“

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

2. Unterrichtung durch die Landesregierung zur Entscheidung der EU-Kommission vom 12.07.2018 über die Zurückweisung der Beihilfebeschwerden des Gesamtverbandes Verkehrsgewerbe Niedersachsen e. V. (GVN) und des Verkehrsunternehmens Hermann Albers gegen das Niedersächsische Nahverkehrsgesetz (NNVG)

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Tarifvertrag in der Fleischindustrie

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Unterrichtung durch die Landesregierung in einer seiner nächsten Sitzungen entgegenzunehmen.

4. Küstenautobahn - Planung für A 20 stoppen - jetzt!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1265](#)

Der Ausschuss begann mit der Antragsberatung. Er beschloss, eine schriftliche Stellungnahme der Landesregierung zur Moorproblematik einzuholen und in der nächsten Sitzung unter Berücksichtigung der dadurch gewonnenen Erkenntnisse die Beratung fortzusetzen und dabei dem MW Gelegenheit zu geben, im Rahmen einer Unterrichtung offene Fragen, u. a. zu dem für den Bau der A 20 erforderlichen Flurbereinigungsverfahren und zu der Bedeutung der A 20 für die Hinterlandanbindung der Seehäfen, zu beantworten.

5. Niedersachsen braucht jetzt ein eigenes LNG-Konzept!

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1392](#)

Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf. Er bat den Ausschuss für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz und den Unterausschuss „Häfen und Schifffahrt“, Stellungnahmen nach § 28 Abs. 4 GO LT so zeitnah abzugeben, dass das Oktober-Plenum erreicht werden kann.

6. Konsequenzen aus Diesel-Betrugsskandal ziehen: Wirtschaftssanktionsrecht verschärfen, Zivilprozessrecht anpassen, Whistleblower schützen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1394](#)

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu folgen und die Federführung bezüglich des Antrages 18/1394 dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zu übertragen.

7. **Mobilitätswende jetzt! Reaktivierungsprozess von Bahnstrecken in Niedersachsen fortsetzen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1399](#)

Der Ausschuss nahm die Antragsberatung auf. Er erörterte Grundzüge des Antrags und nahm einen Bericht der Landesregierung über den aktuellen Sachstand entgegen.

8. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung betreffend das Bußgeldverfahren der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen die Volkswagen AG (1. Tranche)**

hier: Beschluss nach § 95 a GO LT über die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Justizministeriums vom 22. August 2018 vorgelegten Unterlagen

Der Ausschuss beschloss gemäß § 95 a GO LT die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Justizministeriums vom 22. August 2018 vorgelegten Unterlagen.

9. **Terminabsprachen**

Der Ausschuss besprach das Programm für die Reise nach Brüssel im September 2018.